



Medienmitteilung

Zürich, 4. September 2025

Jahresberichte der Spitäler zur Genehmigung beantragt

Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt einstimmig, die Geschäftsberichte und die Berichte über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2024 des Universitätsspitals Zürich (USZ) ([6022](#)), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) ([6024](#)), der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) ([6023](#)) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) ([6025](#)) zu genehmigen.

Die finanzielle Situation bleibt, wie in den letzten Jahren mehrfach berichtet, für die Spitäler sehr anspruchsvoll. In diesem Zusammenhang steht auch der Verpflichtungskredit über 690 Millionen Franken, den der Kanton dem USZ für die Finanzierung seines Bauprojektes «MITTE 1|2» gewährt hat. Die ABG begrüsst diese Unterstützung an das USZ und sieht sie als Teil der Verantwortung des Kantons für den politischen Standortentscheid und für Auflagen des Denkmalschutzes. Die ipw hat ein viel schlechteres Jahresergebnis präsentiert als budgetiert. Die Spitalleitung und der Spitalrat sind gefordert, die zugrunde liegenden Probleme rasch anzugehen. Angesichts der finanziellen Herausforderungen erwartet die ABG von allen Spitalern, dass sie ihre Betriebe kostenbewusst und effizient führen.

Digitalisierung und Datenschutz

Die Digitalisierung ist an allen Spitalern ein strategischer Prozess und angesichts der knappen finanziellen und personellen Ressourcen unerlässlich für die geforderten Effizienzsteigerungen. Das Kernstück ist das jeweilige Klinikinformationssystem, in dem die medizinischen und administrativen Prozesse verbunden mit den Patientendaten abgewickelt werden.

Die ABG hat sich eingehend über die im Rahmen der Risikobeurteilung ergriffenen Sicherheitsmassnahmen gegen mögliche Cyberattacken erkundigt. An allen Spitalern wird dem Schutz der besonders sensiblen Daten, die sich aus ihren Tätigkeiten ergeben, hohe Priorität beigemessen. Das ist mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden, der nicht zuletzt wegen der strengen Handhabung des Datenschutzes im Kanton Zürich entsteht. Die ABG wird sich im laufenden Berichtsjahr eingehender mit dieser Thematik auseinandersetzen und im Folgejahr darüber berichten.

Gewaltereignisse gegen Mitarbeitende nehmen zu

In allen kantonalen Spitalern werden Meldungen von Gewaltereignissen systematisch erfasst und weiterbearbeitet. Die Zahlen bestätigen eine Zunahme von Vorfällen, wobei sich zwischen den Akutspitalern und den Psychiatrien unterschiedliche Ausprägungen zeigen. Häufig sind Patienten die Aggressoren. Aus Sicht der ABG haben die Anstalten angemessene Massnahmen ergriffen, um ihr Personal zweckmässig zu schützen.

Mit ihrer Berichterstattung zu den Geschäftsberichten der Spitäler legt die ABG gleichzeitig Rechenschaft ab über ihre Tätigkeit im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle.

Kontakt:

Kommissionspräsidentin: Raffaella Fehr, (FDP, Volketswil), 079 210 21 61